

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Grundwasservergiftung beim Tanklager Farge aufklären – Sanierung beschleunigen

Der Boden und das Grundwasser unter dem Tanklager sind durch den Betrieb des 65 Jahre alten Tanklagers nachhaltig vergiftet. Die sogenannte Fahne der Vergiftung erstreckt sich bis zu 800 m in südlicher Richtung, das heißt bis unter den Stadtteil. Wasser aus Gartenbrunnen der Anlieger riecht nach Benzin. Die gefundenen Stoffe sind u. a. als krebserregend einzustufen. Über Jahre haben die Anwohner das Wasser arglos zur Bewässerung der Gärten und in Planschbecken genutzt. Eine Warnung und ein Verbot der Nutzung wurde erst 2009 ausgesprochen. Obwohl einige Quellen der Vergiftung ausgemacht sind, sind bis heute nicht alle Ursachen geklärt. Die bisher eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen dauern nach Angaben der Umweltbehörde noch ca. zehn Jahre. Ein komplette Aufklärung und beschleunigte Sanierung sind dringend erforderlich.

Zur Geschichte und Größe des Tanklagers

Das Tanklager Farge wurde im zweiten Weltkrieg von der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft (WIFO) für die Wehrmacht errichtet, wahrscheinlich mit Einsatz von Zwangsarbeitern. Nach Kriegsende wurde es zunächst von der US Army betrieben, 1957 ging es in das Eigentum des Bundesverteidigungsministeriums über. Betrieben wurde es von der WIFO-Nachfolgerin Vereinigte Tanklager und Transportmittel Gesellschaft (VTG), die 1961 privatisiert wurde und das Tanklager zwei Jahre später an die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) übergab. Diese wurde zunächst teilweise und 1993 voll privatisiert. Seitdem wird das Tanklager von privaten Unternehmen betrieben, zurzeit vom Unternehmen TanQuid. Die Bundeswehr als Eigentümerin möchte das Tanklager zum 31. Mai 2013 jedoch aufgeben, sodass auch TanQuid den Betrieb einstellen wird.

Das mehrere Quadratkilometer große Tanklager auf bremischem und niedersächsischem Gebiet umfasst 78 unterirdische Tanks mit einem Gesamtvolumen von 319 500 m³ sowie die dazugehörige Infrastruktur an Rohrleitungen, zwei Verladebahnhöfe mit Gleisanbindung, einen Kanisterabfüllplatz etc. und verfügt über eine Hafenanbindung.

Art und Umfang der Vergiftung des Bodens und des Grundwassers

Für die Sicherheit der Einrichtungen zuständige Kontrollbehörde ist die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen. Für etwaige Umweltschäden ist das Ressort des Umweltsenators zuständig. Dessen Referat Bodenschutz/Altlasten hat 2007 erstmals Grundwasseruntersuchungen veranlasst, bei denen massive Kontaminationen mit BTEX (Kohlenwasserstoffe Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol) und MTBE (Methyltertiär-Butylether) festgestellt wurden.

Die BTEX-Konzentrationen betragen bis zu 350 000 µg/l – die von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser angewandten Geringfügigkeitsschwellen liegen bei 10 bis 30 µg/l. BTEX können z. B. Nierenschäden verursachen, Benzol gilt zudem als krebserregend.

Die MTBE-Konzentrationen betragen bis zu 1 600 µg/l, bei einer Geringfügigkeitsschwelle von 15 µg/l. Auch MTBE werden z. B. von der Deutschen Forschungsgesellschaft als krebserzeugende Arbeitsstoffe eingestuft.

Die Grundwasserkontaminationen dehnen sich über ein außergewöhnlich großes Gebiet aus. Sie erstrecken sich in einer Grundwasserschadstofffahne von 800 m bis in die Wohngebiete von Farge. 2009 informierte das Ressort daher die Anwohnerinnen und Anwohner und forderte sie auf, kein Brunnengrundwasser zu verwenden.

Die bisher vermuteten und bekannten Ursachen sowie bisherige Gegenmaßnahmen

Das Umweltressort vermutet, dass die Ursachen für diese erheblichen Grundwasserkontaminationen im Zweiten Weltkrieg und der Zeit danach liegen, da bei Bombenalarm volle Treibstoffkessel abgelassen worden seien. MTBE werden jedoch erst seit den Achtzigerjahren verwendet, sodass spätere Leckagen wahrscheinlich erscheinen.

Die höchsten Schadstoffbelastungen wurden am Verladebahnhof II gemessen, daher wurden dort als Sofortmaßnahme im Jahr 2010 vier Brunnen gesetzt, aus welchen belastetes Grundwasser gefördert wird. Mit dieser Grundwassersanierung an der vermuteten Hauptbelastungsquelle soll die weitere Ausbreitung der Schadstoffe vermieden werden, die bereits verbreiteten Schadstoffe sollen sich biologisch selbst abbauen. Zudem hat das Umweltressort die Bundeswehrverwaltung aufgefordert, kontinuierlich und in größerem Umfang das Grundwasser zu überwachen.

Die erforderliche Dauer der Grundwassersanierung auf dem Gelände könnte laut Umweltressort zehn Jahre dauern, angenommen, weitere Schadensquellen gibt es nicht. Weitere mögliche Maßnahmen, wie das Ausheben des belasteten Bodens am derzeit einzig betriebenen Verladebahnhof II, werden derzeit nicht vorgenommen.

Derzeit sind viele Fragen offen

Sind Vorfälle von vor über 60 Jahren die alleinige Ursache der Vergiftung? Der Grad der Vergiftung und die Größe der Ausbreitung lassen das als unwahrscheinlich erscheinen. Die Indizien und Hinweise deuten auf weitere Vorfälle in der jüngeren Vergangenheit und/oder auf permanente Leckagen in Rohrleitungen, Tanks und Abfüllanlagen.

Warum gab es nach der eher zufälligen Entdeckung der Vergiftung im Jahr 2007 keine umfängliche und systematische Erforschung der Ursachen? Nach Expertenmeinung hätte es deutlich mehr Möglichkeiten der Beprobung des Bodens und des Grundwassers gegeben.

Warum wurden die Anwohner nicht häufiger über die Risiken der Grundwassernutzung informiert? Ein Brief von vor drei Jahren ist da zu wenig.

Wann dringt das vergiftete Grundwasser in Bereiche und Schichten vor, die auch zur Trinkwassernutzung dienen? In der Gegend sind rund um das Tanklager Brunnen der anliegenden Wasserwerke. Sie holen derzeit, nach unseren Informationen, das Wasser aus tiefergelegenen Schichten. Ob das vergiftete Grundwasser bis dahin vordringen kann ist unklar.

Sind die vier Brunnen zur Entgiftung des Grundwassers die einzig mögliche Gegenmaßnahme, und reicht sie eigentlich aus? Der Boden an den besonders betroffenen Stellen (Verladebahnhof II) wurde bisher nicht ausgebagert, unterirdische Abschottungen wurden bisher nicht gesetzt. Solche Maßnahmen wurden bisher u. a. aus Geldmangel nicht in die Wege geleitet. Der bisher angestrebte Sanierungszeitraum von zehn Jahren ist deutlich zu lang.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, zusammen mit dem Bund und dem jetzigen Eigner des Geländes der Bundeswehr, unverzüglich eine umfangreiche und systematische Erforschung der Ursachen der Grundwasservergiftung durch den Betrieb des Tanklagers Farge einzuleiten.
2. Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft bis zum 31. Januar 2013 einen Bericht über die technischen und institutionellen Möglichkeiten vorzulegen, die Grundwasser- und Bodenkontaminationen im Tanklager Farge und den angrenzenden Wohngebieten schneller zu beheben.
3. Der Senat wird aufgefordert im Rahmen seiner Möglichkeiten, eine weitere Nutzung des Tanklagers über den 31. Mai 2013 auszuschließen.

4. Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen eines Sanierungskonzeptes für das Gelände des Tanklagers und des Grundwassers, dafür zu sorgen, das die derzeit im Tanklager beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Beschäftigung bei der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen erhalten.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

